



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

Rede 1. Mai 2015, Rheinfelden

**Kurt Emmenegger**, Regio-Leiter Unia Aargau, Präsident des Aargauischen Gewerkschaftsbundes

(Es gilt das gesprochene Wort, Sperrfrist: 15:00 Uhr, 01.05.2015)

## **Soziale Gerechtigkeit statt Ausgrenzung**

Der 1. Mai ist der einzige Feiertag, der auf der ganzen Welt, in allen Kulturen, verbreitet ist. 2015 feiern wir den Tag der Arbeit zum 125. Mal. Das verpflichtet dazu, zurück zu blicken. Wir können das mit Stolz tun. Denn wir haben in diesen 125 Jahren viel erreicht. 1891 betrug die übliche Arbeitszeit an die 60 Stunden pro Woche, bei Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall usw. gab es kein Ersatzeinkommen. Wir haben die Sozialversicherungen erkämpft, wir haben die Arbeitszeiten verkürzt, wir haben Ferien durchgedrückt.

Deshalb werden wir gelegentlich gefragt, nicht unbedingt von unseren Freunden, warum wir diesen Feier- und Kampftag immer noch begehen.

Kolleginnen und Kollegen

Wir sind immer noch weit entfernt von umfassender sozialer Gerechtigkeit. Kommt dazu, dass seit einigen Jahren unsere Errungenschaften massiv attackiert werden.

Wir lassen nicht in wenigen Jahren zerstören, was unsere Urgrossväter und -mütter, unsere Grossväter und -mütter, unsere Väter und Mütter während 125 Jahren aufgebaut haben. Und es geht nicht nur um Bewahrung des Erreichten. Es geht um dessen Weiter-Entwicklung, unabhängig von der Herkunft und jenseits der nationalen Grenzen. Es geht auch um Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausgrenzung und um internationale Solidarität.

Und nicht zu vergessen: Der 1. Mai ist unser Feiertag, wo sich die verschiedenen Menschen, die an verschiedenen Orten für soziale Gerechtigkeit und gegen Ausgrenzung kämpfen, treffen und austauschen und vor allem die grossen und kleinen Erfolge feiern können.

Kolleginnen und Kollegen

Soziale Gerechtigkeit ist das Gebot der Stunde. Soziale Gerechtigkeit meint gute Löhne und Renten, gute Arbeitsbedingungen, sichere Arbeitsplätze und Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen. All das ist in der Schweiz wirtschaftlich möglich. Es ist eine Frage des Willens. Es ist eine Frage der gerechten Verteilung. Und weil nicht alle eine gerechte Verteilung wollen: auch eine Frage des Kräfteverhältnisses. Wir treten an für gute Löhne und bessere Renten, gute Arbeitsbedingungen und Vollbeschäftigung. Wir treten an für eine gerechte, solidarische, diskriminierungsfreie und offene Schweiz.

Und was machen die, die nichts daran ändern wollen, dass die Gesellschaft immer ungleicher wird? Statt Probleme zu lösen, bewirtschaften sie die Nöte und Ängste der Menschen mit

Ausgrenzungskampagnen: Gegen SozialhilfeempfängerInnen, gegen IV-BezügerInnen, gegen religiöse Minderheiten und vor allem gegen Ausländerinnen und Ausländer. Sie säen Ausgrenzung und Diskriminierung, sie kreieren Sündenböcke, sie suchen die Arbeitnehmenden zu spalten.

Weil die Politik die Sorgen und Nöten vieler zu wenig ernst nahm, hat das Stimmvolk die sogenannte Masseneinwanderungs-Initiative knapp angenommen. Mit der Umsetzung droht Gefährliches. Das alte Saisonierstatut könnte zu neuem Leben erwachen. Das System der flankierenden Massnahmen ist bedroht. Auf dem Papier könnte es vielleicht einen Inländer-Vorzug geben. In der Wirklichkeit jedoch würden sich die Arbeitgeber dennoch jene Arbeitskräfte im Ausland holen, die sie wollen – und zu den von ihnen allein diktierten Bedingungen. Deshalb ist der SGB gegen Kontingentssysteme. Für uns ist klar, wo die Reise hingehen soll:

- Die bilateralen Verträge sollen bestehen bleiben. Sie regeln unser Verhältnis zur EU, sie ermöglichen Ordnung, Orientierung, wirtschaftliches Mitmachen. Hier zu experimentieren und glauben zu wollen, der Alleingang stärke uns, dürfte zu einem blauen Wunder führen.
- Die flankierenden Massnahmen sind zu stärken und nicht zu schwächen. Lohndumping und Dumping bei den Arbeitsbedingungen müssen rigoros bekämpft werden. Der Staat hat den Gewerkschaften dazu die Mittel zu bieten. Es braucht mehr Gesamtarbeitsverträge mit guten Mindestlöhnen. Der Bund muss die gesetzlichen Hürden bei deren allgemeinverbindlich-Erklärung abbauen. Und er hat die Instrumente zu verleihen, damit die Kontrollen effizient sind und so auch abschreckende Wirkung erzielen können.
- Es darf unter keinen Umständen zu einer Wiedereinführung des Saisonierstatuts kommen. Dabei geht es nicht um den Namen. Es geht um die Fakten: Es darf in der Schweiz keine Unterklasse von Arbeitnehmenden geben. Das wäre zum einen für diese selbst würdelos; zum andern aber würde eine eigentliche Dumpingspirale in Gang gesetzt.

### Kolleginnen und Kollegen

Der Abstand zwischen reich und arm ist in den letzten Jahren gewachsen. Das hat auch damit zu tun, dass substanzielle Lohnerhöhungen für tiefe und mittlere Einkommen selten geworden sind. Individuelle Lohnerhöhungen und Bonussysteme haben dazu geführt, dass vor allem auf der Teppichetage abgesahnt wird.

Das müssen wir wieder korrigieren. Lohnerhöhungen sollen allen zugutekommen. Das müssen wir aber auch korrigieren, damit die Wirtschaft wieder auf Touren kommt.

Wenn wie in den letzten 20 Jahren die Löhne nicht mehr im Ausmass der Produktivitätssteigerung wachsen, dann können all die produzierten Güter gar nicht mehr gekauft werden, was dazu führt, dass die Kapitalbesitzer nicht mehr produktiv investieren, sondern ihr Geld nur noch spekulativ einsetzen, mit verheerenden Folgen.

Aber auch der Bund steht in der Pflicht, mehr für gerechte Verhältnisse zu tun. Ein Handlungsfeld dazu ist die Krankenversicherung. Niemand soll mehr als 10 Prozent des Nettoeinkommens – nach Kinderabzug – für die Krankenversicherung ausgeben müssen. Dazu müssen Bund und Kantone ihre Ausgaben für Prämienverbilligungen um 2 Milliarden Franken aufstocken. Längerfristig muss die Krankenversicherung einkommensabhängig finanziert werden – wie jede Sozialversicherung.

Kantonal haben wir deshalb die Initiative «Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle» auf den heutigen Tag hin lanciert. Bitte unterschreiben.

Aber auch bei der Steuer- und Abgabepolitik wollen die Umverteiler nach oben erneut zuschlagen. Sie planen erneut Steuersenkungen für Reiche, Gutverdienende und Unternehmen. Sie nennen das bürokratisch neutral Unternehmenssteuerreform III. Als ob die Nummer 2 nicht schon genug Verheerung angerichtet hätte. Diese Unternehmenssteuerreform III müssen wir bekämpfen. Wie schon die Nummer 2 entlastet sie da, wo es nicht nötig ist.

Mit unserer Initiative für eine Erbschaftssteuerreform, die am 14. Juni zur Abstimmung kommt, können wir die extreme Ungleichverteilung der Vermögen (2% der EinwohnerInnen besitzen gleich viel Vermögen wie die restlichen 98%) ein klein wenig korrigieren.

Kolleginnen und Kollegen

Die Nationalbank hat im Januar dem Druck der Finanzspekulanten nachgegeben und einen katastrophalen geldpolitischen Fehlentscheid gefällt und unseren Franken zu stark gemacht. Sie hat damit viele Firmen in die Enge getrieben, und diese leiten das Problem jetzt an die Beschäftigten weiter. Die Nationalbank muss ihren Fehler wieder korrigieren. Unsere Währung muss uns doch nützen und uns nicht noch Schaden zufügen. Die Nationalbank hat einen Auftrag. Sie hat Preisstabilität zu gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung zu tragen. Diesen Auftrag hat die Nationalbank verletzt.

Und um ganz klar zu sein: Nur mit einer Wiedereinführung eines Mindestkurses können die durch die SNB geschaffenen Probleme gelöst werden. Mit Euro-Löhnen, Lohnsenkungen und Arbeitszeiterhöhungen kann das Problem des starken Frankens nicht gelöst werden. Das ist wie wenn man mit Benzin ein Feuer löschen wollte.

Und wie wenn die Nationalbank damit nicht schon genug Schaden ausgelöst hätte. Jetzt kommen – wie die Aasgeier – die bürgerlichen Parteien und wollen aus den Problemen Gewinn schlagen. Sie wollen die Uhr zurückdrehen: Weil Teile des Exports und des Tourismus in Schwierigkeiten geraten könnten, soll jetzt die ganze politische Agenda gekehrt werden. Das sozial Fortschrittliche soll gestrichen werden – der starke Franken wird zum Vorwand für eine Herr-im-Haus-Politik. Das ist auch wortwörtlich zu verstehen: So soll es jetzt mit solcher Begründung auch keinen Schritt mehr vorwärts gehen bei der Lohngleichstellung. Man wollte meinen, die Führung der Nationalbank sei von all diesen miesen und fiesen Ideologen gesponsert worden, die nun Morgenluft wittern, um ihre neoliberale Agenda durchzusetzen. Diese Leute geschäftigen mit der Angst. Aber wir lassen uns den Blick nicht trüben.

Zu diesen Politprofiteuren im Auftrag des Eigeninteresses gesellt sich eine lange Reihe von Firmen, denen es glänzend geht, die nun aber ebenfalls Morgenluft wittern. Sie wollen die Löhne drücken oder die Arbeitszeiten erhöhen, unbezahlt natürlich. Dabei predigen sie etwas von «solidarischen Opfern». Und was soll diese Solidarität bewirken? Sie soll zuerst einmal garantieren, dass den Aktionären gleich viel oder noch mehr verteilt wie zuvor.

Da müssen wir einschreiten. Solchen Abbau müssen wir verhindern.

Kommt dazu: Die Probleme durch die Franken-Überbewertung werden durch die Finanzpolitik noch verstärkt. Die Sparpolitik – vor allem in den Kantonen und beim Bund – entzieht der Wirtschaft viel zu viel Kaufkraft. Und der von Economiesuisse und anderen Akteuren geforderte Einstellungsstopp bei der öffentlichen Hand würde das Problem noch verschärfen.

Kolleginnen und Kollegen

Ich hab jetzt nur die aktuellsten und drängendsten Problemfelder gestreift: die zunehmende Abschottung und Fremdenfeindlichkeit angesichts einer globalisierten Wirtschaft, die keine Probleme löst, sondern nur die Arbeitnehmenden spaltet, die extreme Ungleichheit bei den Einkommen und Vermögen, die einerseits einen immer grösseren Kreis von Menschen aus der Gesellschaft ausgrenzt, andererseits aber auch die Grundlagen einer positiven Wirtschaftsentwicklung zerstört, und schliesslich den Kniefall der SNB vor den Spekulanten, der früher oder später zu massiven Arbeitsplatzverlusten führen wird.

Der heutige 1. Mai ist darum als Kampftag noch notwendiger als auch schon.

Und um wieder Kraft zu tanken für die anstehenden Herausforderungen ist es gut, zusammen zu feiern und festen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen weiterhin ein ganz tolles 1. Mai-Fest.